



SRG SSR Wahlbarometer

Analyse zum EU-Rahmenabkommen

Fokusthema

SRG SSR

sotomo
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autoren (alphabetisch):

Gordon Bühler
Michael Hermann
David Krähenbühl

Zürich, September 2018



Inhaltsverzeichnis

1	Um was es geht	3
2	Ergebnisse	4
2.1	Soll ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden?	4
2.2	Kompromisse bei den flankierenden Massnahmen	5
2.3	Vorgehen der Gewerkschaften	8
2.4	Rolle der eigenen Partei	10
3	Datenerhebung und Methode	12

1 Um was es geht

Bei diesem Kurzbericht handelt es sich um eine Vorveröffentlichung aus dem zweiten SRG SSR Wahlbarometer der Legislaturperiode 2017-2019. Der Bericht behandelt das Spezialthema EU-Rahmenabkommen und die flankierenden Massnahmen (Flam).

Die Haltung zum EU-Rahmenabkommen war bis vor wenigen Monaten vor allem durch das politische Spannungsfeld zwischen aussenpolitischer Öffnung und nationaler Souveränität geprägt. Als Knackpunkt für den Erfolg eines Rahmenabkommens galten in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem die mit dem Abkommen in Verbindung gebrachten «fremden Richter». Seit diesem Sommer hat sich der Fokus jedoch zunehmend auf die flankierenden Massnahmen verlagert. In den Verhandlungen zum Rahmenabkommen verlangt die EU Anpassungen bei den flankierenden Massnahmen. Die flankierenden Massnahmen sorgen für die Einhaltung von Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Arbeitskräfte, die vom Ausland in die Schweiz entsandt werden.

Nachdem Aussenminister Ignazio Cassis im Juni die so genannte Acht-Tage-Regel als Teil der flankierenden Massnahmen öffentlich zur Disposition gestellt hat, eskalierte der Konflikt mit den Gewerkschaften, die sich kategorisch gegen jegliche Veränderung beim Lohnschutz stellen. Der Konflikt mündete in einem Teilnahme-Boycott der Gewerkschaften an den Verhandlungen mit dem Bundesrat zu diesem Thema.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas zum Wahlbarometer wurde untersucht, wie sich die Stimmbevölkerung zu den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU stellt und welche Spielräume sie in Bezug auf die flankierenden Massnahmen sieht. Gefragt wurde zudem nach der Einschätzung des Vorgehens der Gewerkschaften sowie nach der Rolle der eigenen Partei.

2 Ergebnisse

2.1 Soll ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden?

Unabhängig von der Diskussion um die flankierenden Massnahmen: Wie stellen sich die Schweizer Stimmberechtigten grundsätzlich zum Ansinnen des Bundesrats, ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU auszuhandeln? 59 Prozent sind der Ansicht, dass ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden soll. 32 Prozent sagen «Ja», 27 Prozent meinen «Eher ja». 38 Prozent finden «Nein» oder «Eher nein». Es gilt dabei zu beachten, dass nicht die Zustimmung zu einem fertigen Rahmenabkommen abgefragt wurde, sondern die Zustimmung dafür, dass ein solches angestrebt wird.

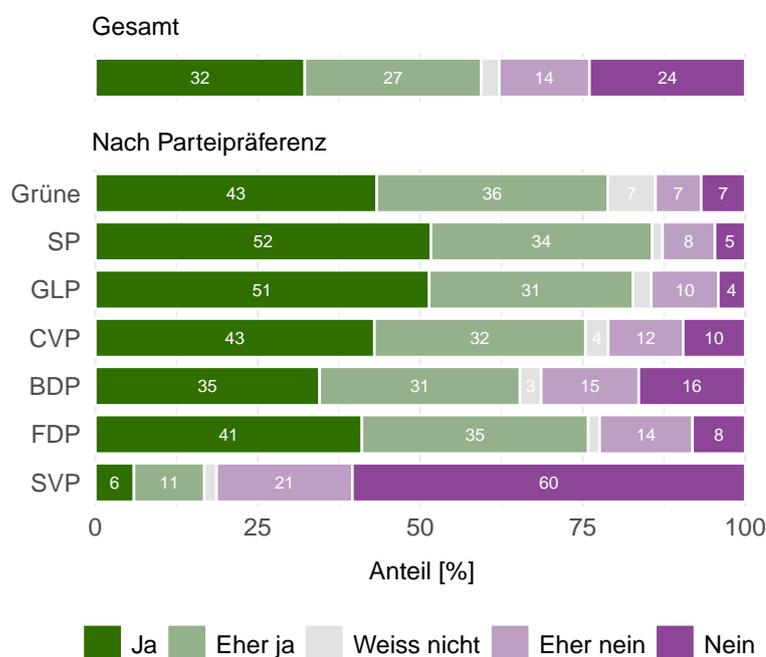


Abbildung 1: Soll der Bundesrat ein Rahmenabkommen mit der EU aushandeln? Nach Parteiorientierung.

Trotz Kontroverse um die flankierenden Massnahmen stehen bis heute die Wählerinnen und Wähler der SP am meisten hinter dem Ziel Rahmenabkommen. 86 Prozent von ihnen unterstützen den Bundesrat darin, ein solches auszuhandeln. Nur 13 Prozent stellen sich gegen dieses Ansinnen. Ähnlich stark wird das Ziel, ein Rahmenabkommen auszuhandeln, von der Wählerbasis der Grünliberalen unterstützt. Mit Ausnahme der SVP stehen bei den Wählerinnen und Wähler aller Parteien klare Mehrheiten dafür ein, dass es ein Rahmenabkommen anzustreben gilt. Bei der SVP stellt sich jedoch eine überaus deutliche Mehrheit dagegen.

Bei der Grundhaltung zu einem Rahmenabkommen zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Altersgruppen. Wie zu erwarten war, hängt die Haltung jedoch vom Bildungsabschluss sowie der sprachregionalen Herkunft ab. Überdurchschnittlich skeptisch sind Personen mit maximal einer Berufslehre sowie Personen aus der italienischen Schweiz. Die Stimmenden der Deutschschweiz zeigen sich nur wenig skeptischer als jene der Romandie.

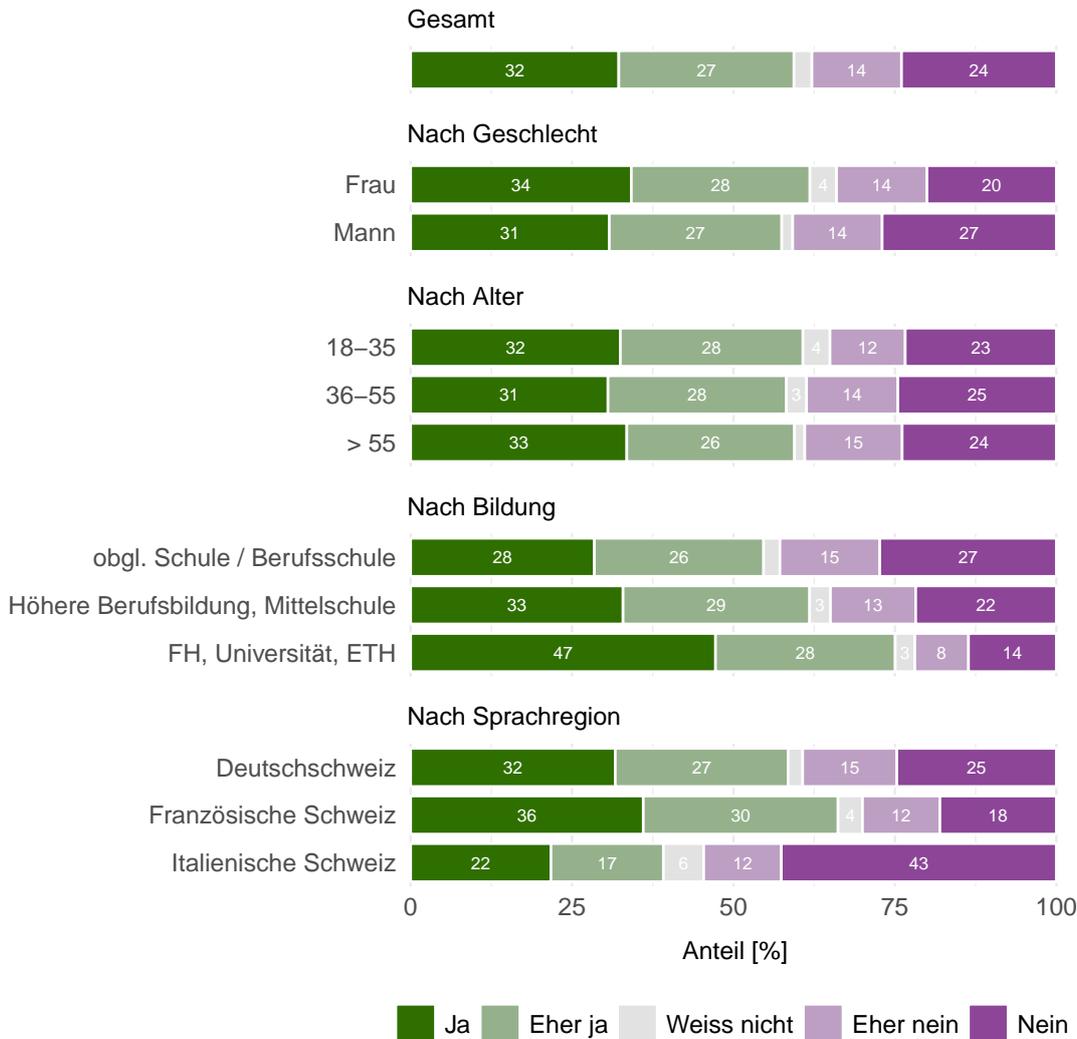


Abbildung 2: Soll der Bundesrat ein Rahmenabkommen mit der EU aushandeln? Nach Soziodemographie.

2.2 Kompromisse bei den flankierenden Massnahmen

Eine deutliche Mehrheit der Stimmenden steht hinter dem Ansinnen des Bundesrats, ein Rahmenabkommen auszuhandeln. Im Rahmen der aktuellen Verhandlungen verlangt die EU von der Schweiz jedoch ein Entgegenkommen beim Lohnschutz. In dem seit diesem Sommer bestehenden Konflikt geht es um die

Frage, ob und wie weit die Schweiz in dieser Frage kompromissbereit sein soll und wo die rote Linie gezogen werden soll. Doch, wo liegen die roten Linien der Stimmbevölkerung? Welche Anpassungen an den flankierenden Massnahmen sind aus Sicht der Befragten für eine Einigung mit der EU zulässig?

38 Prozent sind der Meinung, es dürfe keinerlei Entgegenkommen geben. Die Kompromisslosen fallen dabei in zwei ähnlich grosse Gruppen: Die eine Gruppe (20 %) erachtet Kompromissbereitschaft als unnötig, weil sie ein Abkommen grundsätzlich ablehnt. Die andere Gruppe (18 %) gibt an, eher ein Scheitern der Verhandlungen in Kauf nehmen, als die flankierenden Massnahmen anzutasten. Auf der anderen Seite sind 53 Prozent der Ansicht, dass es keine eng gezogenen roten Linien geben sollte. Besonders verbreitet ist dabei die Ansicht, dass für ein Abkommen mit der EU eine Vereinfachung der Abläufe bei der Kontrolle des Lohnschutzes möglich sein soll (40 %). Nur wenige (13 %) sind jedoch der Ansicht, dass eine punktuelle Reduktion der Lohnschutzmassnahmen drin liegt, oder gar angezeigt ist.

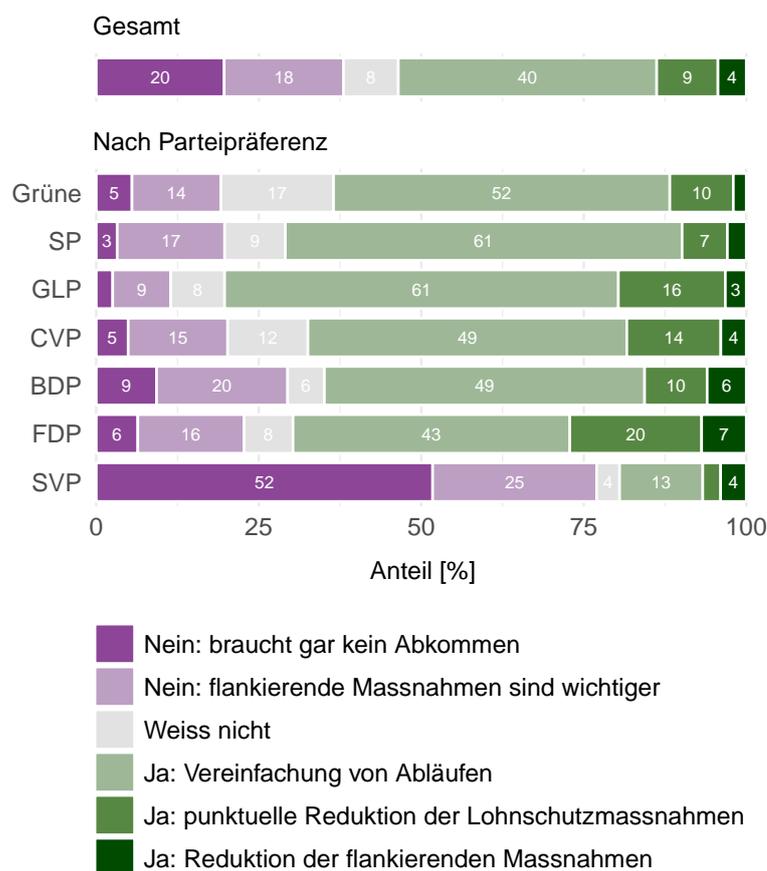


Abbildung 3: Kompromissbereitschaft bei den flankierenden Massnahmen, um eine Einigung mit der EU zu erzielen. Nach Parteiorientierung.

Die Mehrheit der Stimmenden der Schweiz hält die flankierenden Massnahmen in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht für unantastbar, sie ist offen für eine Vereinfachung der Abläufe. Ein punktueller Abbau des Lohnschutzes liegt für die überwiegende Mehrheit jedoch nicht drin. Der Knackpunkt bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist letztlich die Frage, wo die Grenze zwischen einer Vereinfachung der Abläufe und einer punktuellen Reduktion der flankierenden Massnahmen liegt.

Obwohl in der Debatte um die flankierenden Massnahmen das Thema des Lohnschutzes und somit die soziale Frage im Zentrum steht, zeigt sich kein klassischer Links-rechts-Gegensatz. Ganze 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler der SP halten die flankierenden Massnahmen in ihrer heutigen Form für unantastbar. Dies sind nicht mehr als bei der CVP und FDP. Es ist die Basis der SVP, die sich hier am kompromisslosesten zeigt. 52 Prozent geben an, dass es das Rahmenabkommen grundsätzlich nicht braucht. Ein weiteres Viertel der Wählerschaft der nationalkonservativen Partei gibt an, dass die Flam wichtiger seien als ein Rahmenabkommen. Eine materielle Reduktion der flankierenden Massnahmen findet am ehesten bei der Basis von FDP und GLP Zustimmung, jedoch auch hier nur bei 27 bzw. 19 Prozent.

Das Zustimmungsmuster für Anpassungen bei den flankierenden Massnahmen entspricht weitgehend dem Zustimmungsmuster zum Rahmenabkommen. Dies gilt nicht nur für die Parteiwählerschaften, sondern auch für soziodemographische Variablen. Dies zeigt Abbildung 4.

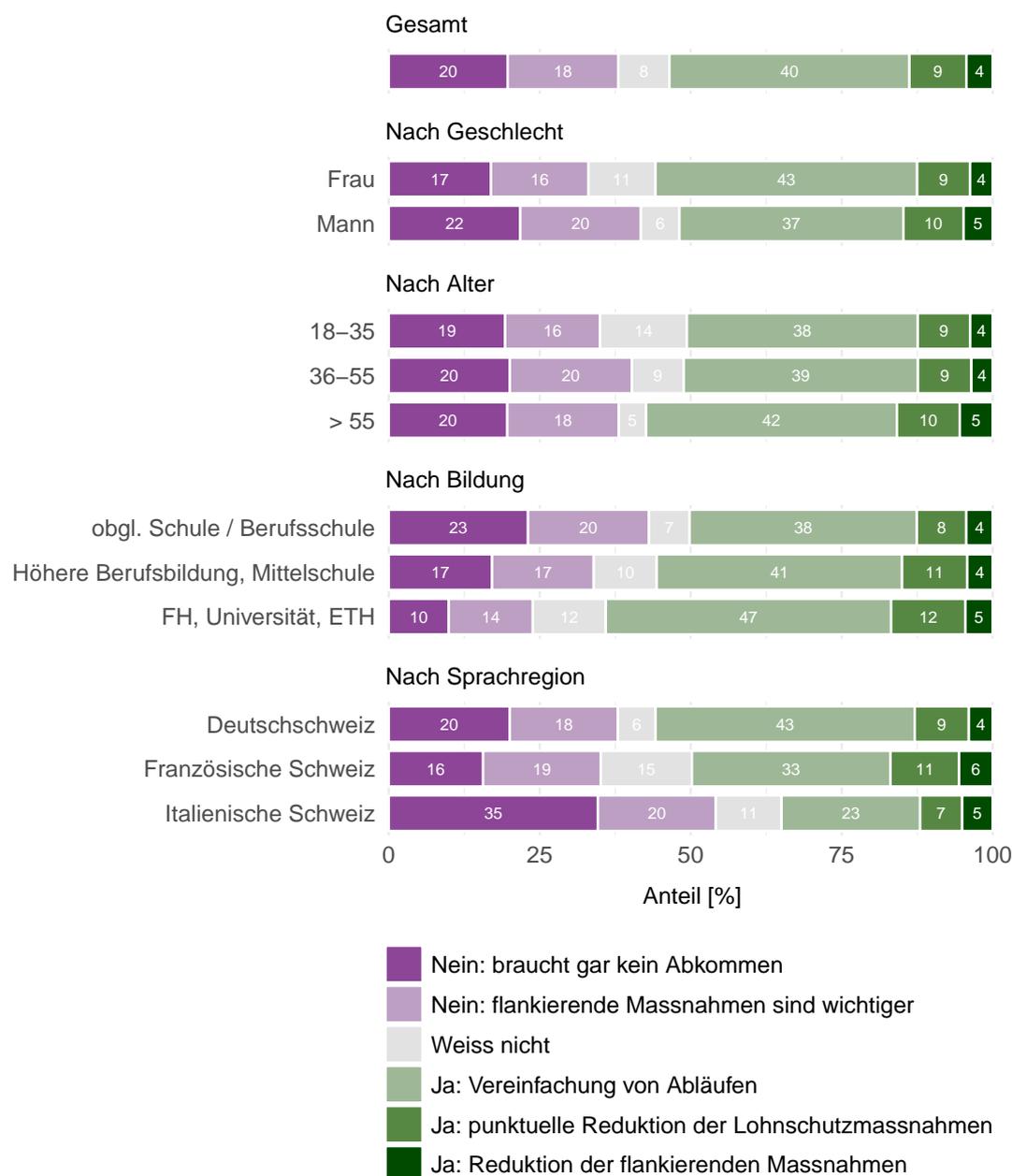


Abbildung 4: Kompromissbereitschaft bei den flankierenden Massnahmen, um eine Einigung mit der EU zu erzielen. Nach Soziodemographie.

2.3 Vorgehen der Gewerkschaften

Die Bevölkerung zeigt sich mehrheitlich offen für eine Vereinfachung der Abläufe bei den flankierenden Massnahmen. Die Gewerkschaften haben sich klar dagegen positioniert. Zu einem Eklat kam es im August 2018 als der Gewerkschaftsbund SGB und die Travail.Suisse eine Gesprächsrunde zu den Forderungen der EU in Bezug auf die flankierenden Massnahmen boykottierte. Wie beurteilt die Stimmbevölkerung das Vorgehen der Gewerkschaften? 45 Prozent sehen darin

eine Gesprächsverweigerung, die es in der Schweiz nicht geben sollte. 34 Prozent finden das Verhalten der Gewerkschaften richtig, da der Bundesrat mit seiner Agenda eine rote Linie überschritten habe. 15 Prozent geben beiden Seiten teilweise recht. 15 Prozent geben beiden Seiten teilweise recht. 15 Prozent geben beiden Seiten teilweise recht.

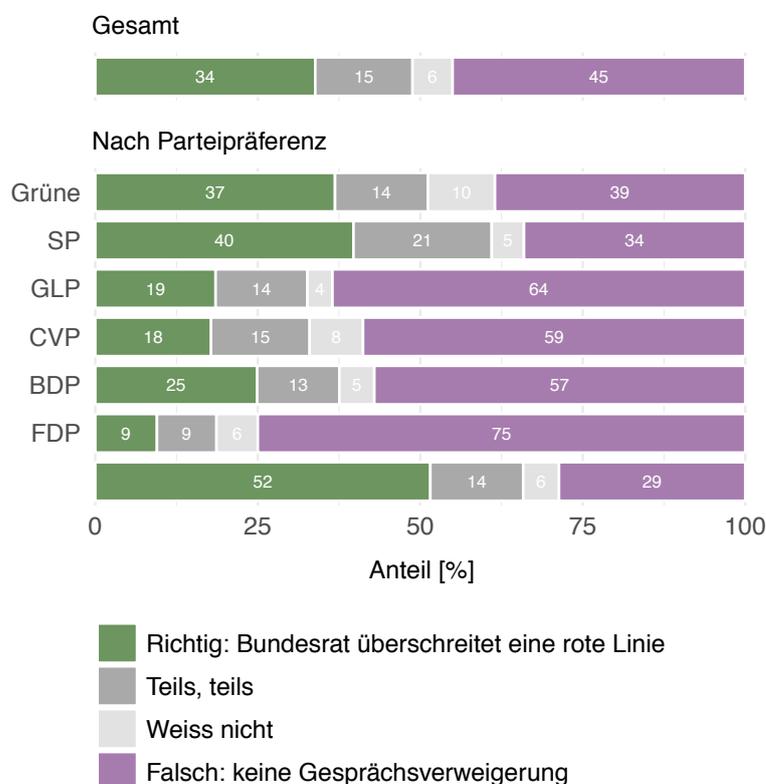


Abbildung 5: Haltung zum Gesprächsboykott der Gewerkschaften. Nach politischer Orientierung.

Während sich beim EU-Rahmenabkommen sowie bei den flankierenden Massnahmen vor allem ein Gegensatz zwischen der SVP-Basis und allen anderen öffnet, zeigt sich bei der Einschätzung des Zwists zwischen den Gewerkschaften und dem Bundesrat ein etwas anders Muster. Zwar stellen sich nur die die SVP-Wählenden mehrheitlich auf die Seite der Gewerkschaften (52 %). Anders als bei der inhaltlichen Frage zu den Flam, geben hier jedoch auch grössere Teile der Basis von SP (40 %) und Grünen (37 %) den Gewerkschaften recht. Die Unterstützung auf der linken Seite ist jedoch alles andere als geschlossen. Rund ein Drittel der Wählenden der SP stellt sich gegen die Gewerkschaften und weitere 21 Prozent geben beiden Seiten teilweise recht. Während die Frage der Anpassung der flankierenden Massnahmen keine spezifische Opposition bei linken Wählenden hervorruft, schaffen es die Gewerkschaften mit ihrem Vorgehen zumindest ein grösserer Teil davon auf ihre Seite zu ziehen. Interessanterweise zeigen sich die Wählerinnen und Wähler der linken Parteien zugleich flexibler

als die Gewerkschaften, wenn es um die Vereinfachung und von Abläufen beim Lohnschutz geht.

2.4 Rolle der eigenen Partei

Wie nehmen die Wählenden die Rolle der von ihnen bevorzugten Partei im Streit um das Rahmenabkommen war? Die klarste Position zum Rahmenabkommen hat die SVP, die sich klar dagegen positioniert. Dies wird von einer grossen Mehrheit ihrer Wählerschaft honoriert. 43 Prozent der SVP-Wählenden schätzen die Rolle ihrer Partei als sehr positiv ein. Wie Abbildung 6 zeigt, besetzt hier ein markanter Enthusiasmus-Graben im Vergleich zu allen anderen Parteien.

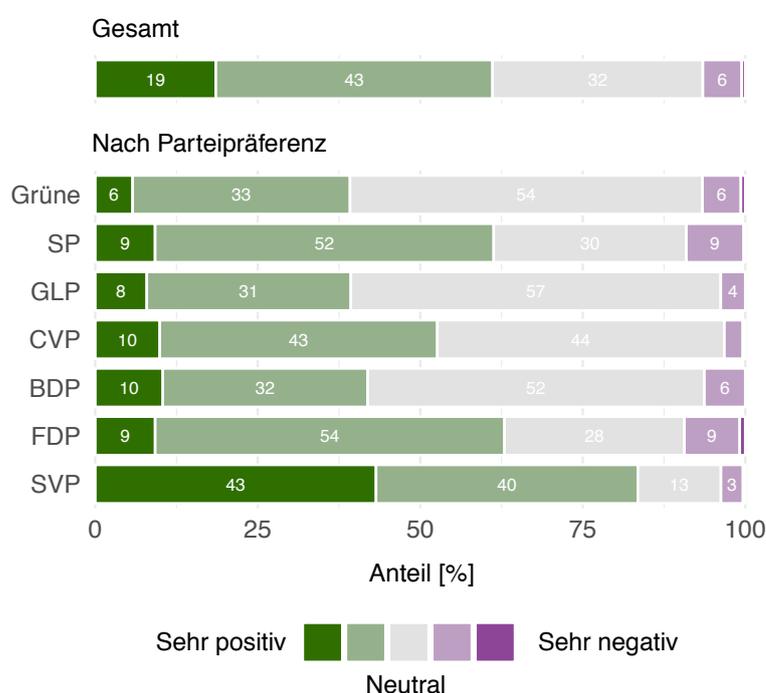


Abbildung 6: Rolle der eigenen Partei beim Streit um das Rahmenabkommen.

Im aktuellen Konflikt um die flankierenden Massnahmen stehen sowohl die FDP wie auch die SP im Fokus. Zumindest mit Blick auf die Wählenden, die heute angeben, eine der beiden Parteien wählen zu wollen, scheint sich die profilierte Rolle auszuzahlen. Nach der SVP finden sich bei diesen beiden Parteien am meisten, welche ein positives Bild der Rolle der eigenen Partei haben. Etwas grösser als bei den anderen Parteien ist allerdings auch der Teil, der findet, die eigene Partei habe eine negative Rolle gespielt. Auffällig ist, dass insbesondere bei den kleineren Parteien, die nicht im Bundesrat vertreten sind, jeweils eine Mehrheit angibt, dass die Partei ihrer Wahl weder eine positive noch eine negative Rolle gespielt hat. Zumindest wenn es um die Wahrnehmung ihrer Arbeit geht,

haben die grossen Parteien hier offenbar einen Vorteil, weil ihre Haltung und ihr Agieren eher über der Wahrnehmungsschwelle der Bevölkerung liegt. Ob und wie sich dies auf die aktuelle Entwicklung der Wähleranteile auswirkt, zeigt dann das Wahlbarometer.

3 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 13. und dem 18. September 2018 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Insgesamt wurden 14'985 Stimmberechtigte befragt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 12'179 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

